

# Entschließungsantrag

der Bundesräte Marlies Steiner-Wieser, Christoph Steiner  
und weiterer Bundesräte

## **betreffend Lohn- und Sozialversicherungspflicht statt Taschengeld in Behindertenwerkstätten**

eingebraucht im Zuge der Debatte über TOP 10: Bericht des Bundesministers für  
Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend EU-  
Jahresvorschau 2023 gemäß Artikel 23f Absatz 2 B-VG iVm § 7 EU-InfoG (III-806-  
BR/2023 d.B.)

### **„Soziales**

*Die Gewährleistung gleicher Rechte und Chancengleichheit wird von Schweden als  
prioritärer Schwerpunkt seiner Aktivitäten im Sozialbereich definiert. Unter Hinweis  
auf den essentiellen Beitrag, den Gleichbehandlungsstellen in diesem Bereich  
leisten, sollen die Verhandlungen zum im Dezember 2022 vorgelegten  
Richtlinienvorschlag zur Stärkung der Rolle und Unabhängigkeit derselben  
vorangetrieben werden. Das BMSGPK ist vom Richtlinien-Vorschlag insbesondere  
betroffen, als es um die Standards für die:den  
Behindertenanwältin:Behindertenanwalt und ihre:seine Tätigkeit geht. Der Schutz  
und die Gewährleistung der vollen und gleichberechtigten Teilhabe von Menschen  
mit Behinderungen soll weiters im Wege der Umsetzung der EU-  
Behindertenstrategie 2021–2030 gefördert werden.“<sup>1</sup> (Seite 10 des Berichts)*

Aktuell wird in vielen sogenannten Behindertenwerkstätten den beschäftigten  
Personen lediglich ein Taschengeld ausbezahlt. Dies ist weder wertschätzend noch  
entspricht es der tatsächlichen Abgeltung der dort geleisteten Arbeit und des  
besonderen Engagements, das dort Personen mit besonderen Bedürfnissen an den  
Tag legen.

Deshalb sollte ein tatsächlicher Lohn und vor allem eine entsprechende  
Sozialversicherung durch diese Werkstätten bezahlt werden, damit die dort  
beschäftigten Personen die Möglichkeit haben, Versicherungszeiten, etwa in der  
Pensionsversicherung zu erwerben, um dann darauf auch eine entsprechende  
Altersversorgung aufsetzen zu können, die natürlich entsprechend auch durch die  
Leistung Dritter mit Zuschüssen auf öffentlichen Mitteln dann im Sinne einer  
Mindestpension usw. gestaltet sein muss.

Im Regierungsprogramm der aktuellen schwarz-grünen Bundesregierung 2020-2024  
findet sich zu dieser Thematik folgender Satz: „Lohn statt Taschengeld-Gemeinsame  
Erarbeitung der Umsetzungsschritte mit den Stakeholdern“

Daher stellen die unterzeichnenden Bundesräte folgenden

### **Entschließungsantrag**

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat unverzüglich eine  
Regierungsvorlage zuzuleiten, die folgende Inhalte umfasst:

---

<sup>1</sup> [https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/III-BR/806/imfname\\_1513967.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/III-BR/806/imfname_1513967.pdf)

- Die Einführung eines verpflichtenden Mindestlohns für Beschäftigte in Behindertenwerkstätten.
- Die Einführung einer verpflichtenden Sozialversicherung, neben Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, insbesondere auch zur Pensionsversicherung, für Beschäftigte in Behindertenwerkstätten“



(Steina)



(SPARRING)

Steina-Wietes